



Presseschau vom 04.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen

Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Chef des russischen Ermittlungskomitees im RT-Gespräch über ukrainische Kriegsverbrechen**

Acht Jahre nach Beginn des Konflikts in der Ostukraine sterben immer noch Zivilisten. Die Ermittler untersuchen jeden dieser Vorfälle. Der Vorsitzende des russischen Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin sprach mit RT über diese Arbeit und ihre Ergebnisse. ...

<https://kurz.rt.com/2y75> bzw. [hier](#)

Wladimir Prochwatilow: **Die Vereinigten Staaten haben mit der Plünderung Europas begonnen**

Neben dem offenen Krieg gegen Russland führe Washington auch einen verdeckten gegen die Europäische Union, meint Wladimir Prochwatilow. Europa drohen wirtschaftlich und migrationspolitisch große Krisen. ...

<https://kurz.rt.com/2y6a> bzw. [hier](#)

Maria Müller: **Dialog und politische Isolierung – Strategie der USA in der Migrationspolitik gegenüber Kuba**

Das Gipfeltreffen der amerikanischen Staaten findet im Juni statt. Die USA möchten mit einem aufgebesserten Image in Sachen Migrationspolitik dort erscheinen. Denn die Frage, wie die nach Norden strömenden Menschenmassen behandelt werden sollen, ist eines der zentralen Themen des Treffens, das alle drei Jahre stattfindet. ...

<https://kurz.rt.com/2y5x> bzw. [hier](#)

Bernhard Loyen: **Neue Modellierung veröffentlicht: "Wirkungen möglicher Impfkampagnen im Herbst 2022"**

Theoretische Modellierungen möglicher "Corona-Szenarien" gehörten in den zurückliegenden zwei Jahren zu den wesentlichen Argumentationspfeilern der verantwortlich handelnden Politiker. Nachweislich entsprachen viele Modelle rückblickend nicht der Realität. Auch für den kommenden Herbst wird schon wieder fleißig "modelliert". ...

<https://kurz.rt.com/2y65> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:09 de.rt.com: **Klitschko kritisiert offenen Brief an Scholz: "Blinder Pazifismus gefährlich"**

Der frühere Profiboxer Wladimir Klitschko geht mit einem von deutschen Intellektuellen verfassten Offenen Brief gegen Waffenlieferungen an die Ukraine hart ins Gericht. Der Bruder des Kiewer Bürgermeisters Witali Klitschko schrieb in einem Gastbeitrag für die FAZ: "Blinder Pazifismus ist genauso gefährlich wie glückselige Kriegstreiberei. [...] Das absolut Gute ist nicht der Frieden, sondern die Freiheit und die Gerechtigkeit. Und um sie zu verteidigen, muss man kämpfen."

Die Feministin Alice Schwarzer und andere Prominente, wie etwa der Schriftsteller Martin Walser und der Soziologe Harald Welzer, hatten in dem am Freitag veröffentlichten Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) appelliert, weder direkt noch indirekt schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, um dem russischen Präsidenten Wladimir Putin kein Motiv für eine Ausweitung des Krieges auf die NATO-Staaten zu geben.



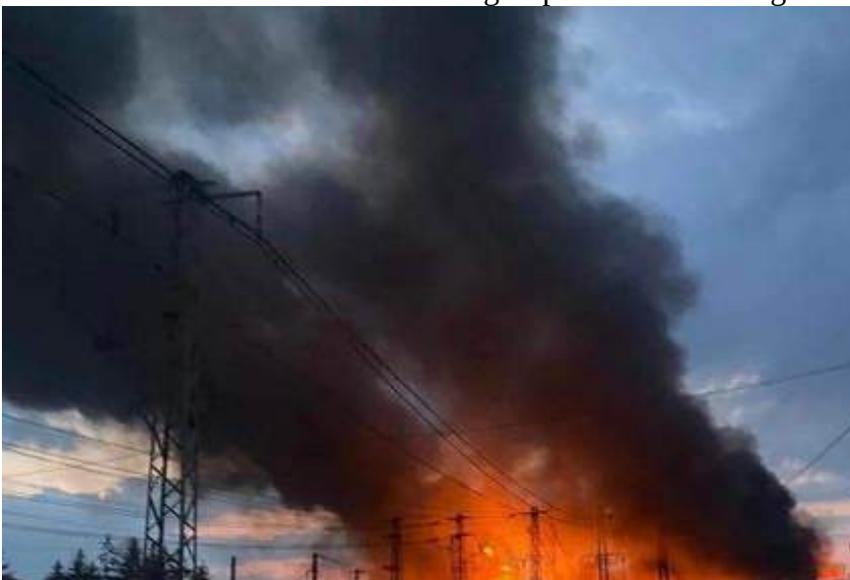
<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6271637b48fbef3ac0349090.jpg>

20:30 de.rt.com: **Russische Raketeneinschläge im westukrainischen Lwow: US-Munitionslieferung könnte betroffen sein**

Ukrainische Medien berichten über zahlreiche russische Schläge mit Präzisionswaffen in mehreren Städten der West- und Zentralukraine. Lwow ist dabei besonders betroffen. Im Internet tauchen aktuell zahlreiche Videos auf, die Explosionen durch russische Marschflugkörper zeigen. Auf einem der Videos ist zu sehen, wie an einer der betroffenen Stellen Zweitdetonationen entstehen, was auf einen Brand in einem Munitionslager hindeutet. Lwow ist eine der Schaltstellen für den Transport und Lagerungsort für massive Waffen- und Munitionslieferungen aus dem Westen. Russische Telegram-Kanäle bringen die [erwähnten Explosionen](#) daher mit der Lieferung von 155-mm Geschossen für US-Haubitzen in Verbindung.

Die örtlichen Behörden in Lwow berichten von Stromausfällen und Unterbrechungen der Internetverbindung, drei Umspannwerke seien beschädigt worden. Die staatliche ukrainische Eisenbahn meldet zudem Zugausfälle.

Auch Ziele in Dnepropetrowsk und Kirowograd seien Medienberichten zufolge getroffen worden. Der Gouverneur des Gebietes Odessa meldete den Abschuss einer russischen Rakete durch die Luftabwehr. Der Marschflugkörper sei in Richtung Kiew geflogen.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/RuuzNsvu0n5_kTZ47eMR-lbMVnNa6c0_dFgZRgoO_bgL2Y2wbUGxyM-oPHbcxXMAtv4KQMBJdqmI4Zckxj5JPPP4z9_-O9RP9xwWp0CIMs-YECIDAx8SCyW6unX8EdFsMnrqM_TwpvlMJ-87LBgG-PXI3madhlZi-0DJDzL4LchxB4e5DOXEFo0LH9zVRwmTFuea64dXtNWX49PLcCkHmj39b87ybMnaRBuEyZ-7coPwxvjxYctNh0YK6ee54CWThScEHIFTX6ifXQuOwg8w3UAiigMafbfTNPD9Uhtw4V4QMqthACXjeT5hbaHecbn4rmlwPo9WESZ14BV3kirYQA.jpg

21:15 de.rt.com: **Denkmal für den legendären sowjetischen Militäraufklärer Nikolai Kusnezow im ukrainischen Rowno demontiert**

Wie das russische Portal Readovka [berichtet](#), haben die örtlichen Behörden im westukrainischen Rowno das Denkmal für den sowjetischen Aufklärer Nikolai Kusnezow demontiert. Kusnezow war Held der Sowjetunion, Spion und Partisanenführer, der 11 Generäle und hochrangige Beamte der deutschen Besatzungsverwaltung persönlich liquidiert hatte. Er galt als einer der begabtesten und erfolgreichsten sowjetischen Geheimdienstler im Zweiten Weltkrieg. Sein Einsatzort waren die besetzten Gebiete der Ukrainischen Sowjetrepublik. Er wurde im Jahre 1944 getötet, sein Grab befindet sich in Lwow. Die ukrainischen Nationalisten haben sich seit Beginn der russischen Militäroperation für die Verfolgung der russischen Kultur und des Sowjeterbe eingesetzt. Kiew will nun per Gesetzesbeschluss aus dem Übereinkommen der GUS-Staaten über die Verewigung des Kriegsgedenkens [austreten](#).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6271819eb480cc261e60cedc.PNG>

21:56 de.rt.com: **Pakistan: Imran Khan wird wegen Blasphemie angeklagt**

Der frühere Premierminister Imran Khan wurde nach dem pakistanischen Blasphemiegesetz angeklagt, nachdem der neue Premierminister des Landes, Shehbaz Sharif, auf seiner ersten Auslandsreise nach Saudi-Arabien mit beleidigenden Parolen in der Prophetenmoschee in Medina konfrontiert worden war.

Beamte in Pakistan bestätigten am Sonntag, dass der frühere Premierminister Imran Khan zusammen mit 150 weiteren Beschuldigten gemäß dem Blasphemie-Gesetz des Landes angeklagt wurde, nachdem der neue Premierminister des Landes Shehbaz Sharif auf seiner ersten Auslandsreise nach Saudi-Arabien dort mit Hassbekundungen und Beleidigungen konfrontiert worden war. Die Aktion gegen Khan erfolgte, nachdem mehrere Videos in den sozialen Medien aufgetaucht waren, in denen zu sehen ist, wie die Hunderte von Menschen Slogans gegen Sharif und seine Delegation verbreiteten, als Sharif am Donnerstag die Prophetenmoschee in Medina betrat.

Die Videos zeigen Berichten zufolge Pilger aus Pakistan, die "Dieb" und "Verräter" riefen und Sharif und seine Delegation mit eindeutigen Worten verbal attackierten. Die saudischen Behörden sagten am Freitag, sie hätten fünf pakistanische Staatsangehörige festgenommen, die angeblich an dem Vorfall beteiligt waren.

Die Klage gegen Khan, der im April als Premierminister in einem umstrittenen Schritt abgesetzt worden war, und mehrere ehemalige Kabinettsminister sowie gegen wichtige Mitglieder seiner pakistanischen Tehreek-e-Insaf-Partei wurde bei der Polizei im Punjab eingereicht.

Die Beschwerde wurde nach dem Blasphemie-Gesetz des pakistanischen Strafgesetzbuchs registriert. Darin wurde unter anderem die Schändung der Moschee des Propheten in der heiligen Stadt Medina und die Verletzung der Gefühle von Muslimen als Gotteslästerung bezeichnet.

Obwohl bislang niemand nach dem Blasphemie-Gesetz hingerichtet wurde, werden Verdächtige oft von einem Mob angegriffen und mit Tod bedroht oder sogar tatsächlich gelyncht. Asad Umar, ein ehemaliger Minister im Kabinett von Khan, äußerte sich zu seiner Verteidigung und nannte die Anklage "lächerlich".

Khan selbst hat bereits jegliche Beteiligung an dem Vorfall in Saudi-Arabien bestritten. In einem Interview mit dem Sender ARY News sagte er, die Öffentlichkeit sei wütend, nachdem seine Regierung im letzten Monat durch ein Misstrauensvotum gestürzt worden ist.

Nach diesem ungewöhnlichen und spektakulären Misstrauensvotum gegen Imran Khan wurde kürzlich Shehbaz Sharif zum neuen Premierminister gewählt. Khan war 2018 als Außenseiter in das politische System Pakistans gekommen. Mit Sharif übernahmen die alten und korrupten Parteienblöcke wieder die Regierungsgewalt. Die Kritik am Einfluss ausländischer Mächte und internationaler Institutionen war bereits früher ein wesentlicher Teil von Khans Kampagne, die ihn 2018 in die Regierung brachte. Der nunmehr ehemalige Premierminister erklärte auch in den letzten Tagen nach seinem Sturz mehrfach, die USA hätten das Misstrauensvotum gegen ihn im Parlament organisiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62713071b480cc1f8b68a7ed.jpg>

22:00 de.rt.com: **RIA-Nowosti: Ukrainische Folterkammer mit einer Leiche bei Cherson gefunden**

Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti berichtet über einen grausigen Fund im Gebiet Cherson. Laut den russischen Strafverfolgungsbehörden hätten Ermittler in der Nähe von Cherson eine von ukrainischen Nationalisten eingerichtete Folterkammer entdeckt. Seit 26. April befindet sich das Gebiet Cherson vollständig unter russischer Kontrolle.

In der Folterkammer wurde eine verminte Leiche ohne Beine, mit Folterspuren in der Uniform der russischen Streitkräfte gefunden. Auch Spritzen und Drogen lagen verstreut in

der Nähe des Kellers, ebenso wie Hülsen für US-Antipanzerraketen "Javelin". Alle Befunde wurden in einem Video [dokumentiert](#) (Achtung, verstörende Bilder!):

22:23 de.rt.com: **Stimmung in der Türkei kippt: Erdoğan will eine Million Syrer zur Rückkehr bewegen**

In der Türkei nimmt die Feindseligkeit gegen die syrischen Flüchtlinge schon seit Längerem zu. Nun will die Regierung das Rückkehrprogramm für Syrer ausweiten. Es gebe Vorbereitungen, einer Million Flüchtlingen die freiwillige Rückkehr zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund einer zunehmend feindseligen Stimmung gegen Flüchtlinge in der Türkei will die Staatsführung das Rückkehrprogramm für Syrer ausweiten. Es gebe Vorbereitungen, einer Million Flüchtlinge die freiwillige Rückkehr zu ermöglichen, sagte Präsident Recep Tayyip Erdoğan am Dienstag. Dabei konzentrierte man sich besonders auf Regionen in Nordsyrien. In Nordsyrien hält Ankara Grenzgebiete besetzt. 500.000 Syrer seien bereits zurückgekehrt, sagte Erdoğan.

In der Türkei hat sich im Zuge der sich verschärfenden Wirtschaftskrise auch die Stimmung gegenüber vor allem syrischen Ausländern verschärft. In der Hauptstadt Ankara war es vergangenes Jahr zu gewalttätigen Übergriffen gegen Syrer, ihre Wohnungen und ihre Geschäfte gekommen. Führende Politiker der größten Oppositionspartei CHP etwa werben mit der Ankündigung, bei einem Wahlsieg alle Syrer und Syrerinnen nach Syrien zurückzusenden, um Stimmen. In der Türkei leben laut Zahlen des Innenministeriums vom Februar 3,7 Millionen geflüchtete Menschen aus dem Nachbarland.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62712d2db480cc2558612314.jpg>

22:30 de.rt.com: **Merz besucht Kiew und versucht den Streit um den ukrainischen Botschafter zu schlichten**

CDU-Chef Friedrich Merz hat in der ukrainischen Hauptstadt Kiew Präsident Wladimir Selenskij und Kiews Bürgermeister Witali Klitschko getroffen. Das rund einstündige Treffen mit Selenskij sei "atmosphärisch ein ausgesprochen gutes Gespräch" gewesen, sagte Merz im Anschluss. Über die Inhalte wolle er zunächst mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprechen.

Zur Kritik des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk an Scholz sagte Merz: "Ich finde, wir sollten jetzt mal rhetorisch versuchen, auf ein Niveau zu kommen, wo wir uns die gegenseitige Hilfe nicht unnötig schwer machen." Melnyk hatte Scholz nach dessen vorläufigem Nein zu einer Kiew-Reise als "beleidigte Leberwurst" bezeichnet.

CDU-Chef bekräftigte seine Unterstützung für Waffenlieferungen an die Ukraine. "Ich fühle mich in der Entscheidung, die wir in der letzten Woche im Deutschen Bundestag getroffen haben, sehr bestätigt, dass wir diesem Land helfen", sagte Merz. Er hat sich bei seinem Besuch bestürzt über die Kriegszerstörungen gezeigt und Russland "Verbrechen" vorgeworfen. (rt/dpa)



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62719297b480cc261e60cee2.jpg>

22:57 de.rt.com: **Atomverhandlungen mit Iran stehen offenbar kurz vor Scheitern**

Westliche Beamte haben weitgehend die Hoffnung verloren, dass das Atomabkommen mit Iran wiederbelebt werden kann. Iran ist zudem nicht mehr motiviert, eine Atom-Vereinbarung mit dem Westen anzustreben, da das Land inmitten des Ukraine-Krieges seine Ölexporte massiv erhöht hat.

Westliche Beamte haben weitgehend die Hoffnung verloren, dass das Atomabkommen mit Iran wiederbelebt werden kann, berichtete Reuters unter Berufung auf Quellen, die mit der Angelegenheit vertraut sind. Der Westen sei nun dabei abzuwägen, wie er das iranische Atomprogramm wieder einschränken kann, auch wenn Russlands Militäroperation in der Ukraine die Großmächte gespalten hat.

Obwohl westliche Beamte den Atomdeal 2015, nach dem Iran sein Nuklearprogramm im Gegenzug für die Aufhebung von Sanktionen zurückfahren muss, noch nicht vollständig aufgegeben hätten, "wächst die Überzeugung, dass er möglicherweise nicht mehr zu retten ist", hieß es bei Reuters.

Die Atomverhandlungen sind bereits festgefahren, nachdem Iran bei der angestrebten Einigung über einen möglichen neuen Atomdeal vom US-Präsidenten Biden gefordert hatte, die Entscheidung Donald Trumps rückgängig zu machen, wonach die Iranische Revolutionsgarde im Jahr 2019 als ausländische Terrororganisation eingestuft wurde. Die USA versuchten inzwischen, einen Kompromiss zu schließen, indem sie die Revolutionsgarde (IRGC) aus der schwarzen Liste entfernten, aber deren Eliteeinheit, nämlich die "Quds-Einheit", nach einer möglichen Wiederbelebung des Atomabkommens weiterhin als "terroristische Organisation" einstufen.

Die Quds-Einheit ist für exterritoriale Operationen der Iranischen Revolutionsgarde vorgesehen. Iran soll laut iranischen Medien nicht nur dieses Angebot der USA, sondern auch ein weiteres, wonach die Sanktionen im Gegenzug für einen Verzicht auf Rache für die Ermordung von General Soleimani aufgehoben werden, ablehnten. Iran bekräftigte, dass die Suche nach Rache für die Ermordung von Soleimani durch die USA ein "grundlegendes und definitives Prinzip" der Außenpolitik Irans sei. Laut Reuters hofft Washington jedoch weiterhin, dass Iran seine IRGC-Forderung fallen lässt.

Abgesehen von möglichen US-amerikanischen oder israelischen Militäraktionen zur Zerstörung iranischer Atomanlagen (sogenannter Plan B) bestehe der wichtigste Hebel, den die Großmächte zur Verfügung hätten, darin, die Ölexporte Irans zu drosseln, berichtete

Reuters. China sei der Hauptabnehmer von "illegalem iranischem Öl", und Reuters kommentierte, es werde schwierig sein, es zu kürzen, wenn die Ölversorgung im Zuge des Ukraine-Krieges knapp bleibt.

Zugleich berichtete das Wall Street Journal (WSJ), Iran erhöhe seine Ölexporte inmitten der Ukraine-Krise und profitiere gar von einem Anstieg der Ölpreise, da sein Hauptabnehmer China seine Käufe von russischem Öl aufgrund des Krieges mit der Ukraine reduziere: "Die iranischen Ölexporte stiegen in den ersten drei Monaten des Jahres auf 870.000 Barrel pro Tag, was einem Anstieg von 30 Prozent gegenüber durchschnittlich 668.000 Barrel pro Tag im Gesamtjahr 2021 entspricht." Iran verkaufe nun laut WSJ mehr Öl an China, obwohl er höhere Preise verlange als Moskau, nachdem die Ölpreise nach der russischen Operation in der Ukraine angestiegen sind.

Mit anderen Worten sieht Iran sich nicht mehr motiviert, einen Atomdeal mit dem Westen anzustreben, da die Aufhebung der Sanktionen für Iran insofern von Bedeutung sei, wie die Islamische Republik in der Lage sein sollte, ihr Öl unter normalen Bedingungen zu verkaufen und ihr Geld zu erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6270eb86b480cc4a2b3300b1.jpg>

vormittags:

7:15 (6:15) novorosinform.org: **Ungefähr 150 Zivilisten halten sich noch immer in „Asowstal“ auf – Kadyrow**

Das Oberhaupt der Tschetschenischen Republik forderte die ukrainischen Kämpfer auf, die Verwundeten und Zivilisten freizulassen.

Der Chef Tschetscheniens, Ramsan Kadyrow, sagte, dass sich derzeit etwa 150 Zivilisten sowie etwa 170 Verwundete auf dem Territorium des Werks Asowstal aufhielten. Dies teilte er auf seinem Telegram-Kanal mit.

In einer Videobotschaft forderte Kadyrow den Kommandeur des Nazi-Bataillons Asow auf, die Unterbringung dieser Menschen in unterirdischen Bunkern zu beenden.

„Du lässt Hunderte von Menschen leiden ... Hunderte von Verwundeten liegen im Bunker, und du spielst auf Zeit ... aber niemand wird dir helfen“, sagte er.

Gleichzeitig betonte Kadyrow, dass das Werk bereits gestürmt worden wäre, wenn der Präsident Russlands nicht angeordnet hätte, die Offensivoperationen in diesem Werk einzustellen, und argumentierte, dass keine unnötigen Opfer gebracht werden müssten.



https://novorosinform.org/content/images/38/73/43873_720x405.jpg

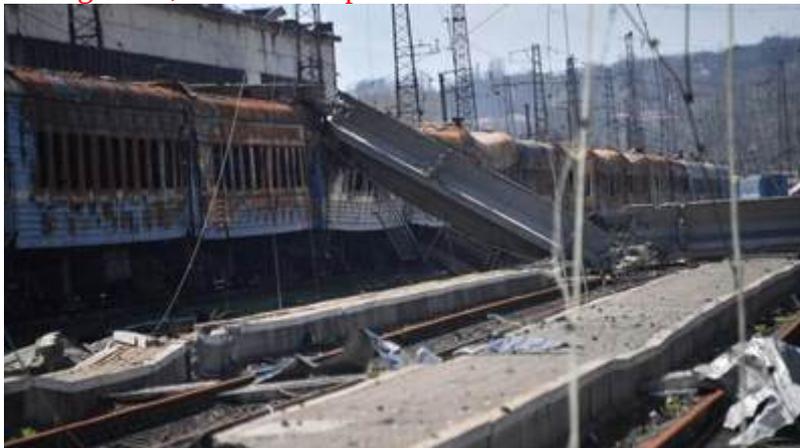
7:39 (6:39) novorosinform.org: **Russische Truppen haben sechs Bahnhöfe in der Ukraine angegriffen**

Der Leiter der Ukralisnyzia gab die Einstellung des Zugverkehrs in mehreren Richtungen bekannt.

In der vergangenen Nacht wurden insgesamt sechs Bahnhöfe durch russische Marschflugkörperangriffe schwer beschädigt. Der Leiter von Ukralisnyzia, Alexander Kamyschin, berichtete von schweren Verzögerungen im Zugverkehr, was auf schwere Schläge auf Infrastruktureinrichtungen hindeute.

„Die Schäden an der Eisenbahninfrastruktur sind schwerwiegend“, sagte er und wies darauf hin, dass derzeit insgesamt 14 Züge Verspätung hätten.

Es wird betont, dass durch Angriffe auf Bahnanlagen Opfer unter der Bevölkerung vermieden werden konnten. Darüber hinaus wurde erstmalig ein Schlag in der Region Transkarpatien durchgeführt, wo das Umspannwerk in Wolowa außer Betrieb gesetzt wurde.



https://novorosinform.org/content/images/38/75/43875_720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Nach Lawrows Warnung vor Nazi-Elementen in Ukraine: Haaretz berichtet über Entrussifizierung in Kiew**

Die ukrainischen Regierungsbehörden haben eine neue Kampagne zur Umbenennung der Straßen nach Nazi-Kollaborateuren gestartet. Der russische Außenminister zog kürzlich einen Vergleich zwischen Selenskij und Hitler, wobei er vor Nazi-Elementen in der Ukraine warnte. Indes sind israelische Beamte seit Beginn des Ukraine-Kriegs bestrebt, jedwede Vergleiche mit dem Holocaust abzuwehren.

Der russische Außenminister Sergei Lawrow hat am Wochenende gegenüber einem italienischen Fernsehsender einen Vergleich zwischen Wladimir Selenskij und Adolf Hitler

gezogen, wobei er vor Nazi-Elementen in der Ukraine warnte. Seine Äußerungen sorgten in den westlichen Medien für Empörung.

Die ukrainischen Behörden sind offenbar längst dabei, alles Russische im Land zu entfernen. Nun berichtet die israelische Zeitung Haaretz, eine ukrainische Regierungsbehörde, die mit der Bewahrung der nationalen Geschichte beauftragt sei, habe im Rahmen der "Entrussifizierungs"-Bemühungen die Umbenennung mehrerer Straßen in Kiew nach "Nazi-Kollaborateuren" gefordert.

Das Ukrainische Institut für das Nationale Gedächtnis veröffentlichte am Samstag eine Liste mit Namen von Personen, die angeblich "wichtige Beiträge zur ukrainischen oder Weltkultur" geleistet hätten.

Während das Institut empfiehlt, Straßen nach der in Kiew geborenen Golda Meir zu benennen, die von 1969 bis 1974 Israels Premierministerin war, listet es ebenso historische Persönlichkeiten auf wie Andrei Melnyk und Jewgen Onazkij, die offenbar Mitglied der Organisation Ukrainischer Nationalisten waren. Solche Umbenennungen seien notwendig, "um mit ideologischen Klischees und Mythen des russischen imperialen Erbes aufzuräumen", heißt es auf der Webseite des Instituts.

Die israelische Tageszeitung Haaretz kommentierte jüngst, die Entscheidung, Persönlichkeiten wie Melnyk und Onazkij zu würdigen, sei für Historiker und führende jüdische Persönlichkeiten zutiefst beunruhigend. Vor allem, wo derzeit doch "große Anstrengungen" unternommen würden, um gegen die "russische Propaganda" vorzugehen, die die ukrainische Regierung als Nazis und Antisemiten darstelle.

Die Organisation Ukrainischer Nationalisten wurde 1929 gegründet und führte den Kampf um die Unabhängigkeit der Ukraine an. Unter anderem mittels ihres paramilitärischen Flügels, der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA). Diese unterstützte die Nazi-Besatzungstruppen dabei, während des Zweiten Weltkriegs Gräueltaten gegen jüdischen Gemeinden im Land zu verüben.

"Angesichts des Krieges in der Ukraine verstehen wir den Wunsch des ukrainischen Staates und insbesondere der Stadtverwaltung von Kiew, Straßennamen zu ändern, die mit pro-russischen Personen in Verbindung stehen", erklärte die Yad Vashem Holocaust-Gedenkstätte in Israel.

"Gleichzeitig müssen sich die ukrainischen Behörden jedoch der Geschichte bewusst sein und darauf achten, keine Personen zu verehren, die die mörderische Kampagne der Nazis gegen die Juden unterstützt oder mit ihr zusammengearbeitet haben – darunter Andrij Melnyk, einer von zwei ukrainischen nationalistischen Führern, die bis Kriegsende Hitler und seine Komplizen während des Holocausts unterstützten."

Vertreter Israels sind seit dem Ukraine-Krieg bestrebt, Vergleiche des Konflikts in der Ukraine mit dem Holocaust und der nazistischen Ära abzuwehren. Am Montag bestellte das israelische Außenministerium den russischen Botschafter Anatoli Wiktorow ein, wobei Israels Außenminister Jair Lapid seinen russischen Amtskollegen Lawrow für dessen Hitler-Vergleich kritisierte. Selenskij hatte zuvor in einer Rede vor der Knesset Mitte März den russischen Angriff auf sein Land mit Hitlers "Endlösung" in Verbindung gebracht. Das hatte in Israel ebenfalls harsche Kritik hervorgerufen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62710bdfb480cc693319f583.jpg>

8:26 (7:26) novorosinform.org: **Kiwa kündigte den Beginn des "Beitritts" der Westukraine zu Polen an**

Der ukrainische Politiker sieht in den Aktionen Warschaws eine Annexion.

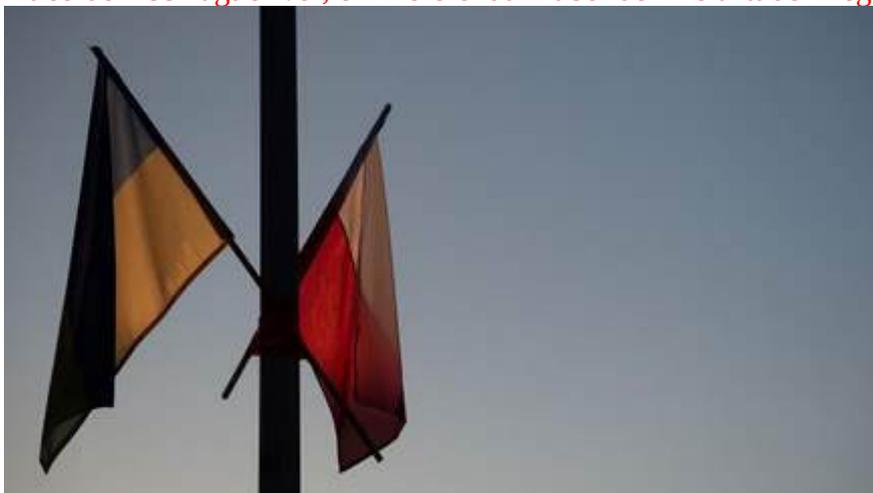
Der frühere Abgeordnete der Werchowna Rada Ilja Kiwa glaubt, dass Polen eine Besetzung mit dem Ziel begonnen hat, Teile der Westukraine Das teilte der Politiker auf seinem Telegram-Kanal mit.

Es sei ersichtlich, dass sich die beobachteten Waffenlieferungen in der Westukraine häuften, was auf die Schaffung einer neuen Verteidigungslinie in dieser Region hindeuten könnte.

Kiwa berichtet über bestehende Pläne, Waffen in diesen Gebieten zu belassen.

„Dies ist die erste Stufe vor der Sezession und der Schaffung einer ‚pro-westlichen Ukraine‘ mit ihrer Hauptstadt Lwow“, sagte der ehemalige Parlamentarier.

Außerdem schlägt er vor, ein Referendum über den Beitritt der Region zu Polen abzuhalten.



https://novorosinform.org/content/images/38/77/43877_720x405.jpg

8:53 (7:53) novorosinform.org: **Ungarn bereitet sich auf die Annexion von Transkarpatien vor – Chef des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine**

Alexej Danilow ist sich sicher, dass Budapest Pläne hat, einen Teil der Ukraine zu erobern.

Der Leiter des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Alexej Danilow, ist sich sicher, dass Ungarn Pläne hegt, die Kontrolle über westukrainische Gebiete zu übernehmen. Er sprach darüber während des Spendenmarathons "UArasom".

„Aus irgendeinem Grund denken sie (Ungarn – Anm. d. Red.), dass sie einen Teil des Territoriums einnehmen könnten“, sagte er.

Sollte sich ein solches Szenario verwirklichen, habe Budapest mit schwerwiegenden

Konsequenzen zu rechnen, ist sich Danilow sicher.

Als Reaktion auf diese Aussage kritisierte die ungarische Botschaft in der Ukraine den Beamten. Die Botschaft betonte, dass die Aussage von Danilow falsch und unbegründet sei, und forderte Kiew auf, diese Situation zu klären.



https://novorosinform.org/content/images/38/79/43879_720x405.jpg

8:05 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Dutzende Menschen in der Ukraine mit Verbindungen nach Russland verschwunden**

Das russische Verteidigungsministerium hat der Ukraine erneut vorgeworfen, Schießstellungen in zivilen Gebäuden einzurichten und friedliche Bürger als "menschliche Schutzschilde" zu benutzen. Es seien zahlreiche "eklatante Fälle" dokumentiert, sagte der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement Generaloberst Michail Misintsew bei einem Briefing am Dienstag und nannte mehrere Städte in der Nähe der Kampfgebiete.

So hätten die ukrainischen Nationalisten in Nikolajew Mehrfachraketenwerfer, gepanzerte Fahrzeuge und Fahrzeuge mit Munition auf dem Gelände der Schulen Nr. 6 und Nr. 7 platziert, ohne die Bewohner aus den umliegenden Gebäuden zu evakuieren.

"Darüber hinaus führen Angehörige von Bataillonen der Territorialen Verteidigung zusammen mit Offizieren des ukrainischen Geheimdienstes SBU Razzien in Charkow durch, um Anwohner zu identifizieren, die sich prorussisch äußern oder die derzeitigen ukrainischen Behörden kritisieren."

Bürger, deren Telefone solche Korrespondenz sowie Anrufe an russische Nummern enthalten, würden festgenommen und an einen unbekanntem Ort gebracht. Dutzende von ihnen seien bis heute nicht nach Hause zurückgekehrt. Der Generaloberst hat dabei auf "zuverlässige Informationsquellen" verwiesen und ähnliche groß angelegte Razzien bereits in Nikolajew, Sumy, Tschernigow und einer Reihe anderer Orte erwähnt. Westlichen Beobachtern warf er erneut vor, die Augen vor "Kriegsverbrechen des Kiewer Regimes" zu verschließen.

8:20 de.rt.com: **Washington Post: CIA will Russen über Präsenz im Darknet anwerben**

Die CIA hofft, dass Russen, die mit dem militärischen Sondereinsatz ihres Landes im Ukraine-Krieg verärgert sind, möglicherweise versuchen, mit dem US-Außengeheimdienst in Kontakt zu treten. Dafür, [schreibt](#) die Washington Post, sollen sie ins Darknet gehen – die Anleitungen werden durch die CIA bereits verbreitet.

Diese Kampagne zum Anwerben von russischen Staatsbürgern hat die auch als Murder Incorporated berüchtigte CIA am Montag, dem 2. Mai, gestartet. Damit soll ihre Präsenz in einem Teil des Internets gefördert werden, der nur über spezielle Werkzeuge zugänglich ist, die dafür gleichzeitig mehr Anonymität bieten. Die CIA hat eine Darknet-Seite eingerichtet, die dieselben Funktionen bietet wie ihre reguläre Homepage, aber nur über den

Internetbrowser Tor zugänglich ist: Dieser verfügt über Verschlüsselungsfunktionen, die in den meisten regulären Browsern nicht verfügbar sind.

Anweisungen auf Englisch und Russisch, wie man auf die Darknet-Seite zugreift, erschienen am Montag auf den Kanälen der CIA in den sozialen Medien. Die Agentur hofft auf die Mitwirkung von Russen, die im Ausland leben: Sie sollen nach Möglichkeit die Anweisungen mit ihren Kontakten innerhalb Russlands teilen.

8:50 de.rt.com: **Biden bezeichnet Militärhilfe für Ukraine als "direkte Investition" in Demokratie**

US-Präsident Joe Biden hat die US-Militärhilfe für die Ukraine als "direkte Investition" in den Schutz der Demokratie bezeichnet. "Seit Russland vor etwas mehr als zwei Monaten in die Ukraine einmarschiert ist, haben wir mehr als drei Milliarden Dollar an Sicherheitshilfe in die Ukraine geschickt – allein von uns, ohne unsere Verbündeten mitzuzählen", sagte Biden. Er ergänzte:

"Dieses Geld ist eine direkte Investition in die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie selbst, denn die Geschichte hat uns gezeigt, dass Diktatoren, wenn sie sich nicht wehren, immer wieder kommen ... ihr Appetit auf Macht wächst weiter."

Biden fügte hinzu, dass die ukrainischen Streitkräfte mit der US-Militärhilfe das russische Militär "in vielen Fällen lächerlich machen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6272222cb480cc2bd82ade6c.jpg>

8:55 de.rt.com: **Weißrussland führt unangekündigte Inspektionsübung der Schnelleingreiftruppen durch**

Das weißrussische Verteidigungsministerium hat eine unangekündigte [Inspektionsübung](#) seiner Schnelleingreiftruppen begonnen. Dies teilte das Verteidigungsministerium der Republik am Mittwoch mit:

"Die weißrussischen Streitkräfte haben mit einer unangekündigten Inspektion der Schnelleingreiftruppen begonnen, in deren Verlauf die beteiligten Militäreinheiten sich an den Fragen der Schnellversetzung in die Kampfbereitschaft abarbeiten, in die vorgesehenen Gebiete ausrücken und Aufgaben der Kampfausbildung erfüllen werden."

Der Zweck der Unternehmung bestehe darin, "die Bereitschaft und die Fähigkeit des Personals zu bewerten, auf mögliches Auftreten von Krisensituationen umgehend zu reagieren", und zwar unter Bedrohung sowohl am Boden als auch in der Luft.

Die Truppen sollen Kampfaufgaben in unbekanntem Terrain und unter sich rasch

verändernden Bedingungen erfüllen. Das Kontingent der beteiligten Kräfte werde im Laufe des Manövers schrittweise ausgebaut, um so einen umfassenden Charakter der Inspektion zu gewährleisten. Während der Inspektionsübung werden die weißrussischen Schnelleingreiftruppen die Eilverlegung durchführen – und es ist geplant, eine beträchtliche Menge an Militärgerät über öffentliche Straßen zu verlegen. Das weißrussische Verteidigungsministerium hat die Bewohner der betroffenen Ortschaften bereits zu äußerster Vorsicht gemahnt.

Nach außen gerichtet versicherte Weißrusslands Militär außerdem, dass diese Inspektionsübung lediglich der Überprüfung der weißrussischen Streitkräfte diene und keine Bedrohung für die Nachbarländer und die europäische Gemeinschaft im Allgemeinen darstelle.

Zuvor war bekannt geworden, dass die OVKS-Friedenstruppen im Jahr 2022 das gemeinsame Manöver "Neruschimoje Bratstwo" (Unzerbrechliche Bruderschaft) abhalten wollen, bei dem die Lösung von Aufgaben der Konfliktnachsorge in einem Krisengebiet eingeübt werden soll – wohl mit Aussicht auf einen derartigen Einsatz in der Ukraine.



<https://i.ytimg.com/vi/JJpdofIJKVY/sddefault.jpg>

10:08 (9:08) novorosinform.org: **Der Angriff der Ukraine auf Russland wurde von der NATO im Voraus vorbereitet – Wolodin**

Der Sprecher der Staatsduma der Russischen Föderation sagte, dass die Sonderoperation eine große Tragödie verhindert habe.

Die Vereinigten Staaten begannen im Januar mit der Organisation von Waffenlieferungen nach Kiew und bereiteten die Ukraine auf einen Angriff auf Russland vor. Darüber schrieb der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin in seinem Telegram-Kanal.

"Dies ist ein Kampf zwischen Gut und Böse. Unsere Soldaten und Offiziere haben eine große Tragödie verhindert", schrieb Wolodin.

Er betonte, dass ohne die Entscheidung Putins inzwischen bereits Militäroperationen auf dem Territorium Russlands durchgeführt würden. So habe die Spezialoperation einen Angriff auf die Russische Föderation verhindert.

Wolodin fügte hinzu, dass die Ukrainer für die Vereinigten Staaten nur entbehrliches Material seien. Gleichzeitig, so der Sprecher der Staatsduma, sei der Nationalismus zur Staatsideologie Kiews geworden.



https://novorosinform.org/content/images/38/84/43884_720x405.jpg

10:33 (9:33) novorosinform.org: **Die Streitkräfte der Ukraine bereiten einen menschlichen Schutzschild in einer strategischen Einrichtung in Sewerodonezk vor – Insider**

Das Asot-Werk könnte für die ukrainischen Nazis zu einer neuen Verteidigungslinie werden. Die Kämpfer der ukrainischen Armee beabsichtigen, die Menschen zwangsweise in die unterirdischen Einrichtungen des Asot-Werks zu evakuieren, wonach sie sie als menschliche Schutzschilde einsetzen wollen. Dies [berichtete](#) der Telegram-Kanal „Legitimny“ unter Berufung auf Quellen des Generalstabs der Streitkräfte der Ukraine.

„Ein zweites Mariupol wird von der Stadt aus vorbereitet, Menschen werden massenhaft als Geiseln genommen“, heißt es in der Mitteilung.

Es wird darauf hingewiesen, dass im Fall von Asot eine Provokation aufgrund der Tatsache, dass Chemikalien in der Einrichtung vorhanden sein könnten, viel gefährlicher wäre als bei Asowstal.



https://novorosinform.org/content/images/38/87/43887_720x405.jpg

10:46 (9:46) novorosinform.org: **Selenskij erklärte, es gebe keine Perspektiven für den Verhandlungsprozess mit Russland**

Kiew hält es zum jetzigen Zeitpunkt nicht für möglich, den russisch-ukrainischen Konflikt auf diplomatischem Weg zu lösen.

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte während einer von ‚The Wall Street Journal‘ organisierten Rede vor den Exekutivdirektoren, dass es derzeit keine Aussichten auf eine Lösung des Konflikts mit Russland durch Verhandlungen gebe, [berichtet](#) TASS.

Laut Selenskij könnte von Wladimir Putin persönlich eine Lösung kommen, die es

ermöglicht, die bestehende Krise zu überwinden, was er öffentlich erklären müsse.

„Es ist wichtig, weiter zu reden, aber bis der russische Präsident nicht etwas unterschreibt oder eine offizielle Erklärung abgibt, sehe ich keine Aussichten für diese Verhandlungen“, sagte Selenskij.

Was die Fragen der Wiederherstellung der Ukraine nach dem Ende der Spezialoperation betrifft, so Selenskij, müssten Russland und Europa sie gemeinsam lösen. Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten würden etwa 600 Milliarden Dollar benötigt, um das Land wieder aufzubauen.



https://novorosinform.org/content/images/38/88/43888_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 4.5.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm-Mörsern abgefeuert.

Unter Beschuss waren die Gebiete von **9 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden 3 Zivilisten verletzt. 10 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 43 ukrainische Nationalisten, einen Panzer, 2 Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, ein Feldartillerielager und ein Panzerfahrzeug wurden erobert.

10:00 de.rt.com: **Von der Leyen will weiteren russischen Sendern Sendefrequenzen streichen**

Die Europäische Union will nach RT und Sputnik drei weitere russische Staatssender verbieten. Man werde ihnen die Sendefrequenzen streichen, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Mittwoch im Straßburger Europaparlament. Sie dürften ihre Inhalte in der EU nicht weiter verbreiten, egal ob über Kabel, Satellit, das Internet oder über Smartphone-Apps. "Als Sprachrohre Putins haben diese Fernsehkanäle seine Lügen und Propaganda erwiesenermaßen aggressiv verbreitet." Man solle ihnen keine Bühne mehr "zur Verbreitung dieser Lügen geben".

Die EU-Staaten müssen von der Leyens Vorschlag noch zustimmen. Welche drei Sender von

den Strafmaßnahmen betroffen sein sollen, ließ von der Leyen offen. Anfang März hatte die EU bereits die Verbreitung der russischen Staatsmedien RT und Sputnik verboten. (rt de/dpa)



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6272323148fbef428e302da2.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 04.05.2022

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

6 Mann;

4 Fahrzeuge.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 54 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, Artilleriegeschützen des Kalibers 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **auf Perwomajsk und Solotoje-5 abgefeuert.**

Durch Beschuss wurden **in Perwomajsk zwei Frauen, geb. 1952 und 1977, verletzt**, 3 Wohnhäuser, der Kindergarten „Solnyschko“, das Gymnasium Nr. 2, die Stadtverwaltung von Perwomajsk und das Kino „Sarja“ wurden beschädigt.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden haben Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurden, operativ ermittelt und vernichtet.**

Gestern hat das Oberhaupt der LVR Soldaten der Volksmiliz der LVR, die sich bei der Befreiung der Territorien der Republik am meisten ausgezeichnet haben, ausgezeichnet. Außerdem liefert die Volksmiliz der LVR gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien sowie in frontnahe Ortschaften der Republik.

10:19 de.rt.com: **EU-Kommission fordert von Mitgliedstaaten gemeinsames Öl-Embargo gegen Russland**

In einem sechsten Sanktionspaket fordert die Spitze der EU-Kommission, dass die EU-Staaten künftig kein russisches Öl mehr importieren dürfen. Erste Beratungen zu einem finalen Beschluss erfolgen noch diese Woche. Wirtschaftsminister Habeck räumt jedoch ein, dass diese Politik "uns natürlich selbst schaden wird".

Spitzen der EU-Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes schnüren aktuell ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland und erwarten von den Mitgliedstaaten dabei die benötigte Zustimmung, wie die Nachrichtenagentur dpa schreibt. Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, wird vom britischen Guardian mit den Worten [zitiert](#), dass das Ziel der kommenden EU-Sanktionen darin liege, "die russische Kriegsmaschinerie zu brechen". Auf seinem Twitter-Account [schrieb](#) Michel:

"Die Menschen in der Ukraine kämpfen für ihre Heimat, aber auch für unsere Freiheiten und demokratischen Prinzipien.

Wir müssen die russische Kriegsmaschinerie stoppen. Ich bin zuversichtlich, dass der Rat in Kürze weitere Sanktionen, vor allem gegen russisches Öl, verhängen wird."

Laut Angaben der dpa sieht das Sanktionspaket vor, dass nach einer Auslaufphase von sechs Monaten ein Einfuhrverbot für Rohöl gelten soll. Nach einer "Auslaufphase von acht Monaten" erfolgt dann das finale Einfuhrverbot für Ölprodukte aus Russland. Ein wesentlicher Punkt soll dabei die Regelung betreffen, "ob Lieferungen per Pipeline oder per Schiff erfolgen". Auf Russland entfallen etwa 25 Prozent der Öleinfuhren in die EU, wobei der Grad der Abhängigkeit von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich ist.

Die deutsche Bundesregierung signalisierte über Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck bereits die Unterstützung der Pläne. Der Wirtschaftsminister hatte am Dienstag in Brüssel die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, "Solidarität mit der Ukraine" zu zeigen und dementsprechend "ihren Beitrag zu leisten", so der britische Guardian. Habeck ließ die Bürger in Deutschland zu Beginn der Woche aus Brüssel unmissverständlich wissen, wie sich die aktuelle Regierungspolitik künftig auf das Alltagsleben auswirken wird. Der Minister sagte wörtlich in einem [Interview](#) mit der anwesenden Presse:

"Wir werden uns aber natürlich selbst schaden. Das ist ja völlig klar. Der Sinn von Sanktionen ist, dass eine Gesellschaft, in diesem Fall die europäische Gesellschaft, Lasten trägt. Die Wirtschaft, die Verbraucher, die Konsumenten. Alle werden einen Beitrag leisten müssen. Es ist undenkbar, dass Sanktionen ohne Folgen für die eigene Volkswirtschaft bzw. die eigenen Preise sind. Wir werden höhere Inflationen, höhere Energiepreise und eine Belastung der Wirtschaft haben. Und wir sind als Europäerinnen und Europäer bereit, dies zu tragen, um der Ukraine zu helfen.

Aber kostenlos ist es nicht möglich, das hinzubekommen. Es wird Härten geben, und die Härten werden getragen werden müssen."

Ausnahmeregelungen sollen den Informationen zufolge für die Regierungen Ungarns und der Slowakei gelten. Diese beiden EU-Länder beziehen derzeit noch einen Großteil ihres Ölbedarfs aus Russland und "sehen sich auch wegen eines fehlenden Meereszugangs nicht in der Lage, so schnell wie andere alternative Lieferquellen zu erschließen". Neben Ungarn und der Slowakei sind auch Bulgarien und die Tschechische Republik in hohem Maße von den russischen Öllieferungen abhängig. Laut ersten Äußerungen aus Budapest und Bratislava werden die EU-Politiker der beiden Länder versuchen, "ihren Einfluss bei den internen Gesprächen zu maximieren", so der Guardian.

Zu Beginn der Woche fand ein zweistündiges [Telefongespräch](#) zwischen dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin statt. Dieser soll dabei darauf hingewiesen haben, dass "die EU-Sanktionen die Probleme bei der Lebensmittelversorgung in Europa verschärfen" würden. Putin erklärte außerdem, dass "die russische Seite weiterhin zu einem Dialog bereit" sei.

Neben dem Öl-Embargo umfasst der Vorschlag der zuständigen EU-Institutionen nach dpa-Informationen auch neue Strafmaßnahmen gegen russische Unternehmen. Unter letzteren sind demnach "die größte russische Bank, die Sberbank, sowie zwei andere Banken". Die Europäische Kommission hat ihre Vorschläge für ein schrittweises Verbot russischer Öleinfuhren bereits am Dienstagabend an die jeweiligen Hauptstädte übermittelt, bevor EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am heutigen Mittwoch vor dem Europäischen

Parlament genauere Einzelheiten [darlegte](#):

"Schließlich schlagen wir jetzt ein Verbot für russisches Öl vor. Um es klar zu sagen: Es wird nicht einfach sein. Aber wir müssen einfach daran arbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass der Ausstieg aus dem russischen Öl in geordneter Weise erfolgt.

Um den Druck auf Russland zu maximieren und gleichzeitig die Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaften zu minimieren."

Damit die geplanten Sanktionen in Kraft treten können, wird die Zustimmung der Regierungen aller 27 EU-Staaten benötigt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272155348fbef3ac03490b9.jpg>

11:21 (10:21) [novorosinform.org](#): **Die EU könnte Sanktionen gegen Patriarch Kirill verhängen**

Der Bischof der Russisch-Orthodoxen Kirche könnte in die neue Sanktionsliste aufgenommen werden.

Die Führung der Europäischen Union beabsichtigt, persönliche Sanktionen gegen den Patriarchen von Moskau und ganz Russland Kirill zu verhängen. Dies meldet AFP unter Berufung auf den Text des Dokuments gemeldet.

Insgesamt beabsichtigt die EU, die Sanktionsliste um 58 Personen zu erweitern, darunter möglicherweise die Frau und die Kinder des russischen Präsidentensprechers Dmitri Peskow. Zuvor sagte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, dass das nächste Sanktionspaket Beschränkungen für russische Ölimporte sowie die Trennung einer Reihe von Banken vom SWIFT-Zahlungssystem (einschließlich Sberbank, Rosselchosbank und Moskauer Kreditbank) beinhalten könnte.



https://novorosinform.org/content/images/38/90/43890_720x405.jpg

11:37 (10:37) novorosinform.org: **Innerhalb eines Tages wurden mehr als 500 Zivilisten aus Mariupol in die DVR evakuiert**

Die Zivilisten wurden zu den Hilfspunkten in Besymennoje gebracht.

Das Hauptquartier der Territorialverteidigung der DVR teilte mit, dass am vergangenen Tag insgesamt 517 Personen Mariupol in Richtung der DVR verlassen haben, darunter 61 Kinder. "Derzeit befinden sie sich an der Hilfsstelle für die evakuierte Bevölkerung, die von den Streitkräften des Ministeriums für Notsituationen der DVR betrieben wird", heißt es in der Mitteilung.

Es wird darauf hingewiesen, dass in der Zeit vom 5. März bis heute insgesamt 27.282 Menschen nach Besymennoje evakuiert wurden.



https://novorosinform.org/content/images/38/93/43893_720x405.jpg

10:44 de.rt.com: **Stanislaw Schuschkewitsch, erster Staatschef des unabhängigen Weißrussland gestorben**

Das erste Oberhaupt des unabhängigen Weißrussland, Stanislaw Schuschkewitsch, ist tot. Der ehemalige Staatschef starb in der Nacht zum 4. Mai im Alter von 87 Jahren. Nach Angaben seiner Witwe Irina litt Schuschkewitsch zuletzt unter den Folgen einer COVID-19-Erkrankung.

In der Nacht zum Mittwoch ist Stanislaw Schuschkewitsch, das erste Oberhaupt in der unabhängigen Geschichte Weißrusslands, in Minsk verstorben. Wie mehrere Medien unter Berufung auf seine Witwe Irina berichteten, sei der frühere Staatschef am 3. Mai um 22:35 Uhr (MESZ) verstorben, nachdem sein Blutdruck plötzlich angestiegen war. Zuletzt habe er an den Folgen einer COVID-19-Erkrankung gelitten. Schuschkewitsch wurde 87 Jahre alt. Im April war der frühere weißrussische Staatschef nach einer Coronavirus-Infektion auf eine Intensivstation eingeliefert worden. Zum Monatsende konnte er aber das Krankenhaus bereits wieder verlassen.

Schuschkewitsch wurde am 15. Dezember 1934 in Minsk geboren. Im Jahr 1956 absolvierte er sein Physikstudium an der Fakultät für Physik und Mathematik der Weißrussischen Staatlichen Universität, begann zuerst eine wissenschaftliche Laufbahn unter anderem am Institut für Physik der Belorussischen Akademie der Wissenschaften und verteidigte im Jahr 1970 seinen Dokortitel. Als Physiker gehörte er der Kommission zur Aufklärung des Kernkraftwerks-Unglücks von Tschernobyl an.

Im Jahr 1990 wurde er als Abgeordneter in den Obersten Sowjet der damaligen Sowjetrepublik Belarus gewählt. Nach dem gescheiterten Putsch gegen den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow im Jahr 1991 wurde er am 18. September 1991 zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets von Belarus gewählt und somit nach dem Zerfall der Sowjetunion wenig später auch zum ersten Staatsoberhaupt der dann unabhängigen Republik Belarus. Im Jahr 1994 unterlag er bei den Präsidentschaftswahlen dem jetzigen Staatschef Alexander Lukaschenko.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62722fbc480cc08051e8bd0.jpg>

11:15 de.rt.com: **Russland hat seit Beginn des Sondereinsatzes über eine Million Flüchtlinge und Evakuierte aufgenommen**

Mehr als 1,1 Millionen Zivilisten wurden aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie aus dem ukrainischen Hoheitsgebiet nach Russland evakuiert. Dies gab Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Nationalen Zentrums für Verteidigungskontrolle, am Dienstag bekannt:

"Trotz aller von Kiew geschaffenen Schwierigkeiten und Hindernisse wurden in den letzten 24 Stunden 11.564 Menschen, darunter 1.571 Kinder, aus kampffährdeten Gebieten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk und der Ukraine auf russisches Territorium evakuiert – ohne dass die ukrainischen Behörden daran beteiligt wären. Und insgesamt wurden seit Beginn der militärischen Sonderoperation bereits 1.103.701 Menschen, darunter 197.927 Kinder, evakuiert."

Misinzew erinnerte, dass in den Gliedstaaten der Russischen Föderation nach wie vor mehr als 9.500 Notunterkünfte bereitstehen, die mit allem Notwendigen ausgestattet sind und den Flüchtlingen Platz zum Ausruhen und warme Mahlzeiten bieten. Mit den Ankommenen wird stets individuell gearbeitet, und es wird rasch Hilfe geleistet, um verschiedene dringende Fragen im Zusammenhang mit der weiteren Unterbringung, der Unterstützung bei der Arbeitssuche, der Bereitstellung von Plätzen in Kindergärten und Bildungseinrichtungen für Kinder sowie der Gewährung der vorgesehenen Sozialleistungen zu klären.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6272413cb480cc78d84a472c.jpg>

g

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Zum Stand am 4. Mai 2022** hat die Truppengruppierung der DVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik **175 Ortschaften, einschließlich Krasnaja Poljana und Nowopetrowka, befreit** und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt. Mariupol befindet sich unter vollständiger operativer Kontrolle.

12:44 (11:44) rusvesna.su: **Schoigu: Die Überreste ukrainischer Militanter werden bei Asowstal zuverlässig blockiert**

Die russische Armee kontrolliert Mariupol, die Überreste ukrainischer Militanter sind auf dem Territorium des Asowstal-Werks sicher blockiert.

Dies erklärte Verteidigungsminister Sergej Schoigu bei einer Telefonkonferenz am Mittwoch, dem 4. Mai.

„In Übereinstimmung mit den Anweisungen des Oberbefehlshabers werden die Überreste der Militanten, die sich im Industriegebiet des Asowstal-Werks befinden, entlang des gesamten Umfangs dieses Territoriums sicher blockiert.

Wiederholte Vorschläge an die Nationalisten, Zivilisten freizulassen und ihre Waffen niederzulegen, mit der Garantie, ihr Leben zu retten und eine menschenwürdige Behandlung gemäß den Normen des Völkerrechts zu gewährleisten, wurden von ihnen ignoriert. Wir setzen diese Versuche fort“, sagte der Chef des Verteidigungsministeriums.

„In den von Nationalisten befreiten Gebieten der LVR, der DVR und der Ukraine wird ein friedliches Leben aufgebaut. Darunter auch in Mariupol, dem größten Industrie- und Verkehrsknotenpunkt am Asowschen Meer. Es steht unter der Kontrolle der russischen Armee. Derzeit erweitern Einheiten der russischen Armee zusammen mit der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk und der Volksrepublik Donezk die Kontrolle über die Gebiete der LVR und der DVR“, präzisierte Schoigu.

Er betonte auch, dass die Waffen und Munition, die die NATO nach Kiew überführt, entschieden zerstört würden.

„Die USA und ihre NATO-Verbündeten pumpen weiterhin Waffen in die Ukraine. Ich stelle fest, dass jeder Transport der Nordatlantischen Allianz, der mit Waffen oder Material für die Bedürfnisse der ukrainischen Streitkräfte auf dem Territorium des Landes ankommt, von uns als legitimes Ziel für die Zerstörung angesehen wird“, erinnerte der Verteidigungsminister.



https://phototass3.cdnvideo.ru/width/450_8a2923b2/tass/m2/uploads/i/20220504/6731521.jpg

12:47 (11:47) novorosinform.org: **Ukrainische Flaggen aus öffentlichen Verkehrsmitteln in Warschau entfernt**

In der Hauptstadt Polens haben die Stadtbehörden die Dekoration öffentlicher Verkehrsmittel mit der Flagge der Ukraine ausgesetzt, berichtet ein Korrespondent von RIA Novosti.

Wie die Agentur unter Berufung auf die offizielle Website des Rathauses feststellt, wurden

ukrainische Flaggen, die neben der Flagge von Warschau angebracht waren, aus Bussen und Straßenbahnen entfernt.

„Ab dem 4. Mai 2022 ist die Dekoration von Fahrzeugen mit der Flagge von Warschau und der Flagge der Ukraine ausgesetzt“, heißt es in der Mitteilung.

Dabei hat das Warschauer Rathaus die Gründe für diese Entscheidung nicht erläutert.

Ende Februar war damit begonnen worden, die gelb-blaue Flagge der Ukraine in Bussen und Straßenbahnen neben der Flagge von Warschau als Ausdruck der Solidarität aufzuhängen.



https://novorosinform.org/content/images/39/02/43902_720x405.jpg

nachmittags:

12:25 de.rt.com: **Boris Johnson: "Die Ukraine wird siegen, die Ukraine wird frei sein"**

Der britische Premierminister Boris Johnson hat sich am Dienstag per Videoschleife an das ukrainische Parlament gewandt. Dabei sicherte Johnson Kiew weitere Waffenlieferungen zu. Zugleich lobte er den Kampf gegen die russischen Streitkräfte als "die Sternstunde der Ukraine".

Als erster westlicher Staatschef seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine sprach der britische Premierminister Boris Johnson am Dienstag zu den Mitgliedern des ukrainischen Parlaments. Auch der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij wohnte der Parlamentssitzung bei und hielt eine Ansprache. Der britische Premierminister machte unmissverständlich klar, dass Kiew auf eine nachhaltige Unterstützung Londons im Kampf gegen Russland zählen kann. In seiner Videoansprache an die Abgeordneten der Werchowyna Rada erklärte Johnson unter anderem, dass es niemals eine Friedensvereinbarung geben dürfe, die gegen den Willen des ukrainischen Volkes durchgesetzt wird.

"Sie sind die Herren Ihres Schicksals, und niemand kann oder sollte den Ukrainern etwas aufzwingen. Wir im Vereinigten Königreich werden uns von Ihnen leiten lassen, und wir sind stolz darauf, Ihre Freunde zu sein."

Die ukrainischen Streitkräfte lobte er dafür, dass sie "mit der Energie und dem Mut von Löwen" kämpften und "den Mythos von Putins Unbesiegbarkeit zerstört" hätten. Den Widerstand gegen russische Truppen bezeichnete Johnson vor den ukrainischen Abgeordneten als "eines der glorreichsten Kapitel in der Militärgeschichte und im Leben Ihres Landes". Putin habe mit dem Angriff einen schweren Fehler gemacht, so Johnson weiter.

"Dies ist die Sternstunde der Ukraine, ein episches Kapitel in Ihrer nationalen Geschichte, das über Generationen hinweg erinnert werden wird."

Der britische Premier zitierte dabei die berühmte Durchhalterede ("This Was Their Finest Hour") des früheren Premierministers Winston Churchill aus dem Zweiten Weltkrieg.

Bereits am Anfang seiner Rede, während die Mitglieder der Rada die Nationalflagge des

Vereinigten Königreichs hochhielten, stellte Johnson klar:

"Ich habe heute eine Botschaft an Sie zu richten: Die Ukraine wird siegen, die Ukraine wird frei sein."

Großbritannien werde weiterhin Waffen liefern, sicherte der britische Premier den ukrainischen Parlamentariern zu. So werde die Ukraine in den kommenden Wochen Antischiffsraketen vom Typ Brimstone und Flugabwehrsysteme vom Typ Stormer erhalten. Hinzu kämen 13 gepanzerte Fahrzeuge für die Evakuierung von Zivilisten. Außerdem sicherte er der Ukraine weitere Militärhilfe im Wert von 300 Millionen Pfund (357 Mio. Euro) zu. Dazu gehörten demnach Radar zur Lokalisierung russischer Artillerie, Schwerlastdrohnen zur Versorgung der Streitkräfte und Tausende Nachtsichtgeräte.

Der britische Premier kündigte auch an, dass die britische Botschaft in Kiew wiedereröffnet werde. Zudem räumte er Fehler des Westens im Umgang mit Russland nach 2014 ein.

Demnach sei die Wahrheit, dass man zu langsam gewesen sei, "um zu begreifen, was wirklich passiert, und wir haben gemeinsam dabei versagt, damals die Sanktionen gegen Wladimir Putin zu verhängen, die wir hätten verhängen müssen". Denselben Fehler dürfe man nicht wiederholen, betonte Johnson und fügte hinzu:

"Wir werden die Ukraine zusammen mit Ihren anderen Freunden weiterhin mit Waffen, finanziellen Mitteln und humanitärer Hilfe versorgen, bis wir unser langfristiges Ziel erreicht haben, das darin bestehen muss, die Ukraine so zu stärken, dass es niemand mehr wagen wird, Sie anzugreifen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627225e9b480cc08051e8bc6.jpg>

12:25 de.rt.com: **Kiewtreue Truppen beschießen Ortschaften im Donbass: Ein Toter, mehrere Verletzte, brennendes Treibstofflager**

Die ukrainischen Streitkräfte haben das Gebiet der Donezker Volksrepublik in den vergangenen 24 Stunden 22 Mal beschossen und dabei einen Zivilisten verwundet, gibt die DVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenruhe-Regimes bekannt:

"In den vergangenen 24 Stunden meldete die Vertretung 22 Fälle von Beschuss durch die ukrainischen bewaffneten Formierungen. Ein Zivilist wurde im Petrowski-Bezirk der Stadt Donezk verwundet."

Nach Angaben des Vertretungsbüros setzten die ukrainischen Streitkräfte 122-mm-Artillerie, Mörser und Grad-Mehrfachraketenwerfer sowie Panzerfäuste und Panzerbüchsen nebst rückstoßfreien Geschützen ein. Sie feuerten insgesamt 131 verschiedene Geschosse ab. Neun Ortschaften gerieten unter Beschuss, darunter Gorlowka, Jassinowataja und Losowoje sowie drei Bezirke der Stadt Donezk. Zehn Wohngebäude in Donezk, Alexandrowka, Jasnoje und Olenewka sowie drei zivile Infrastruktureinrichtungen wurden beschädigt. Infolge des Beschusses von Donezk durch kiewtreue Truppen wurden sieben Zivilisten verwundet, teilte das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der DVR mit. Außerdem wurde (ebenfalls

nach Angabe der Donezker Territorialverteidigung) das Gelände eines Öldepots in Makejewka von den ukrainischen Streitkräften beschossen. Dabei wurde ein Zivilist getötet und zwei verwundet – von diesen wurde einer ins Krankenhaus eingeliefert, während der andere willentlich darauf verzichtete. Vier Fünf-Tonnen-Behälter sind in Brand gesetzt worden: Den Anwohnern wird dringend angeraten, wegen der starken Rauchentwicklung ihre Fenster solange es geht geschlossen zu halten.

Auch Ortschaften in der Volksrepublik Lugansk haben die ukrainischen Streitkräfte beschossen, und zwar in den letzten 24 Stunden siebenmal. Zwei Zivilisten wurden dabei verwundet, so die LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes.

"Sieben Beschießungen wurden von den ukrainischen Streitkräften in den Ortschaften Perwomaisk und Solotoje-5 registriert."

In Perwomaisk wurden beim Beschuss zwei Frauen verletzt und außerdem drei Wohnhäuser, ein Kindergarten, eine Turnhalle, ein Kino und die Stadtverwaltung beschädigt.

Die ukrainische Armee setzte für den Beschuss Mehrfachraketenwerfer vom Typ BM-21 Grad ein und feuerte 20 Raketengeschosse ab. Weitere 24 Granaten wurden aus 152-mm- und 122-mm-Artilleriegeschützen und 16 Granaten aus großkalibrigen Mörsern abgefeuert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62725406b480cc789d735b95.jpg>

13:41 de.rt.com: **"Haltlose Anschuldigungen" – Ungarn dementiert Pläne zur Eroberung ukrainischer Territorien**

Die Behauptung eines hochrangigen ukrainischen Amtsträgers, wonach Ungarn Pläne zur Eroberung ukrainischer Territorien haben soll, sorgt im Land für Empörung. Die Botschaft des EU-Landes spricht von einer Aufstachelung zum Hass gegen das ungarische Volk.

Ungarn hat scharf auf die Erklärung des Sekretärs des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, Alexei Danilow, reagiert, wonach das EU-Land vor dem Hintergrund des andauernden Krieges im Nachbarland geplant haben soll, ukrainische Territorien zu erobern. Die ungarische Botschaft in Kiew dementierte diese Behauptung und stufte sie als Aufstachelung zum Hass gegen das ungarische Volk ein. Auf Facebook schrieb die diplomatische Vertretung am Dienstag unter anderem:

"Diese Behauptung über Ungarn enthält haltlose und falsche Anschuldigungen, die öffentliche Meinung in der Ukraine zum Hass gegen das ungarische Volk und Ungarn aufstacheln."

Als EU- und NATO-Land habe Ungarn seine Solidarität und Unterstützung für die Ukraine in vielerlei Hinsicht zum Ausdruck gebracht und erwarte jetzt eine Erklärung der ukrainischen Führung.

Der Sprecher der ungarischen Regierung, Zoltán Kovács, bezeichnete Danilows Worte auf Twitter als Fake News:

"Am 3. April haben die Ungarn beschlossen, dass Ungarn keine Waffen an die Ukraine liefern

wird. Wir verstehen, dass die Ukraine unsere Entscheidung missbilligt. Aber die Verbreitung von Falschmeldungen und die Erfindung von Lügen werden unsere Position nicht ändern." Am Montag hatte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine im Fernsehen gesagt, dass Ungarn seine Kooperation mit Russland offen deklariere. Die Regierung in Budapest sei von Russlands Staatschef Wladimir Putin im Voraus über die Kampfhandlungen informiert worden. Ferner erklärte Danilow: "Ungarn dachte aus irgendeinem Grund, es könnte unser Territorium teilweise erobern." Der hochrangige Amtsträger warnte Ungarn vor Konsequenzen. Unterdessen steht der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán seit diesem Montag auf der ukrainischen Prangenseite Mirotworez. Der Politiker wird dort als "antiukrainischer Propagandist" gebrandmarkt. Ihm werden außerdem "humanitäre Aggression" gegen die Ukraine, Kooperation mit dem "Aggressorstaat" Russland und "Beihilfe zu russischen Verbrechen gegen die Ukraine und ihr Volk" vorgeworfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/627255fdb480cc739674de16.jpg>

14:30 de.rt.com: **Moskau verhängt Einreiseverbot für japanischen Premierminister**

Als Antwort auf die Sanktionen hat Moskau ein Einreiseverbot für 63 Japaner verhängt, unter ihnen auch Premier Fumio Kishida. In einer Stellungnahme begründete das russische Außenministerium das Einreiseverbot damit, dass die Regierung von Kishida "eine beispiellose antirussische Kampagne gestartet" habe und sich eine "unzulässige Rhetorik gegenüber der Russischen Föderation, unter anderem mit Verleumdungen und direkten Drohungen", erlaube.

Mit seinen Handlungen zerstöre Tokio "gutnachbarschaftliche Beziehungen" und schädige die Wirtschaft und das Image Russlands. Neben dem japanischen Premierminister tauchen weitere Mitglieder der Regierung auf der schwarzen Liste auf, darunter Außenminister Yoshimasa Hayashi, Parlamentarier und andere Politiker, aber auch Besitzer von Medien und Journalisten. Im Rahmen des Ukraine-Krieges hatte sich auch Japan an Sanktionen gegen Russland beteiligt. Gleichzeitig verschärfen sich die Spannungen der Nachbarländer im Streit um die vier südlichen Kurilen-Inseln. (rt de/dpa)



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272747548fbef76be1d5875.jpg>

15:10 de.rt.com: **Weiterer Schlag gegen ukrainische Kriegslogistik – noch mehr Bahnkraftwerke zerstört**

Die russischen Streitkräfte haben weitere Traktionsumspannwerke in der Nähe von ukrainischen Frachtbahnhöfen zerstört, über die ausländische Waffen in die Ukraine geliefert werden. Dies gab Generalmajor Igor Konaschenkow, offizieller Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Mittwoch bekannt:

"Hochpräzise boden- und seebasierte Langstreckenwaffen zerstörten sechs Umspannwerke in den Gebieten der Bahnhöfe Podborzy, Lwow, Wolonez, Timkowo und Pjatichatka, über die die ukrainische Truppengruppierung im Donbass mit Waffen und Munition aus US-amerikanischer und europäischer Herstellung versorgt wurde."

Raketentruppen der Armee haben im Laufe der Sonderoperation an einem Tag neun Einrichtungen der kiewtreuen bewaffneten Formierungen getroffen, teilte Konaschenkow mit: "Die Raketentruppen trafen zwei Gefechtsstände von Einheiten der ukrainischen bewaffneten Formierungen, eine Batterie von Mehrfachraketenwerfern des Typs BM-21 'Grad', je eine Batterie von Panzerhaubitzen des Typs 2S1 'Gwosdika' und von D-30-Haubitzen sowie vier Aufmarschgebiete für Truppen und Kriegsfahrzeuge des Gegners."

Dem Militärsprecher zufolge haben ferner auch russische Artillerieeinheiten 16 Gefechtsstände, zwei Treibstoff- und Schmiermittellager sowie 476 Hilfsstützpunkte der ukrainischen nationalistischen Einheiten sowie Aufmarschgebiete der ukrainischen Truppen und Kriegsgüter erfolgreich beschossen. Bis zu 310 Mann und 53 Militärfahrzeuge wurden neutralisiert.

Konaschenkow wies außerdem darauf hin, dass die russischen Luftstreitkräfte mit Präzisionslenkwaffen eine mobile Abschussrampe für ballistische Gefechtsfeldraketen des Typs Totschka-U und drei Zielerfassungs- und -Beleuchtungsradare von S-300-Luftabwehrsystemen zerstört haben:

"Hochpräzise Lenkflugkörper der russischen Luftwaffe haben eine Abschussrampe für Gefechtsfeldraketen 'Totschka-U' in der Nähe von Nowaja Dmitrowka, drei Ortungsgeräte des FLARak-Systems S-300 in den Umgebungen der Siedlungen Sandscheika, Kryssino und Wolnjansk sowie in der Nähe von Nowoalexandrowka ein Munitionsdepot und neun Aufmarschgebiete von Truppen und Militärfahrzeugen des Gegners getroffen."

15:48 de.rt.com: **Bevorstehende Generalmobilmachung? Kreml-Sprecher Peskow: "Das ist Schwachsinn"**

Seit mehreren Tagen häufen sich Berichte über angebliche Pläne Moskaus, am 9. Mai den Kriegszustand zu verhängen und eine Generalmobilmachung anzuordnen. Kremlsprecher

Peskow dementierte am Mittwoch die Gerüchte.

Kremlsprecher Dmitri Peskow hat am Mittwoch Gerüchte kommentiert, wonach der russische Präsident am 9. Mai eine Generalmobilmachung in Russland ankündigen soll. "Das ist unwahr, das ist Schwachsinn", sagte er zu Journalisten. Ebenfalls dementierte Peskow Berichte, dass Russland der Ukraine am 9. Mai offiziell den Krieg erklären könnte. Zuvor waren in den westlichen Medien Informationen aufgetaucht, dass die russischen Behörden planen, am Tag des Sieges, der am 9. Mai begangen wird, die allgemeine Mobilisierung anzukündigen. Unter anderem spekulierte der US-Sender CNN, dass Putin bereits in wenigen Tagen in Russland den Kriegszustand verhängen und eine Generalmobilmachung anordnen könnte. Der Sender soll diese Informationen von hochrangigen britischen und amerikanischen Militärs erhalten haben. Laut diesen Quellen könnte Putin die symbolische Bedeutung des 9. Mai nutzen, um entweder militärische Errungenschaften in der Ukraine zu verkünden oder eine Eskalation der Kampfhandlungen anzukündigen. Unter anderem mutmaßte der britische Verteidigungsminister Ben Wallace, dass Putin den Kriegszustand ausrufen könnte, was ihm zufolge allerdings "ein Eingeständnis des Scheiterns" wäre.

Auch der Chef der ukrainischen Militäraufklärung, Kirill Budanow, sprach von russischen Vorbereitungen auf eine offene Mobilisierung von Soldaten und Reservisten.

Papst Franziskus hingegen teilte mit, dass ihm der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán gesagt habe, dass die russischen Behörden ein Ende der Feindseligkeiten für den 9. Mai planten.

In den ersten Wochen des Krieges hatte Putin entsprechende Sorgen der Bevölkerung kommentiert und betont, dass an dem Einsatz in der Ukraine ausschließlich ausgebildetes Militärpersonal teilnehme. Er betonte, dass es keine zusätzliche Einberufung von Reservisten geben werde.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272841db480cc134731537a.jpg>

16:00 de.rt.com: **Auch Tschechien fordert Ausnahmeregelung bei EU-Ölembargo**

Nach der Slowakei und Ungarn fordert nun auch Tschechien eine Ausnahme bei dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen Öl-Embargo gegen Russland. Man unterstütze die Sanktionen gegen Moskau wegen des Ukraine-Krieges, dürfe sich aber nicht selbst stärker schädigen als Russland, sagte Ministerpräsident Petr Fiala nach einer Kabinettsitzung am Mittwoch in Prag.

Der Premierminister forderte einen Aufschub für sein Land um zwei bis drei Jahre, um Zeit für den Ausbau alternativer Pipeline-Kapazitäten zu gewinnen. Dann sei man bereit, das Sanktionspaket zu unterstützen. In dieser Frage führe Prag bereits intensive Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten, so Fiala ferner.

Im Jahr 2021 deckte Tschechien nach Angaben der nationalen Statistikbehörde CSU rund die Hälfte seines Verbrauchs von 6,8 Millionen Tonnen Erdöl aus russischen Quellen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/627283e9b480cc789d735be6.jpg>

16:45 de.rt.com: **Bundesregierung plant Übergabe des Radarsystems COBRA für Panzerhaubitze 2000 an die Ukraine**

Die Bundesregierung plant, Artillerieaufklärungsradare [COBRA](#) (Counter Battery Radar) zur Unterstützung der Panzerhaubitzen 2000 an Kiew zu liefern. Wie die Welt am Mittwoch unter Berufung auf Berliner Militärkreise berichtete, habe die Ukraine die Lieferung von 40 Cobra-Systemen angefragt. Allerdings könnten nur drei bis fünf der 19 Systeme aus dem aktuellen Bestand der Bundeswehr tatsächlich geliefert werden.

Wie die Welt weiter schreibt, handele es sich hierbei nicht um eine Bestellung der Ukraine bei dem deutschen Hersteller Hensoldt, sondern um einen Auftrag der Bundesregierung. Das Unternehmen selbst äußerte sich zu diesen Informationen zunächst nicht.

Das Artillerieortungsradar COBRA (Counter Battery Radar) ist ein Artillerieaufklärungssystem und erlaubt das Aufspüren gegnerischer Haubitzen und Mörser ab einem Kaliber von 80 Millimetern. Nach Angaben des Herstellers kann das Radar 40 Feuerstellungen in zwei Minuten aufklären. Der Preis für ein Cobra-System wird auf 50 Millionen Euro geschätzt.

Zuvor hatte die Tageszeitung über Pläne der Bundesregierung berichtet, sieben Panzerhaubitzen 2000 aus dem eigenen Bestand an die Ukraine zu übergeben. Auch die Niederlande hatten angekündigt, Kiew Panzerhaubitzen 2000 zur Verfügung zu stellen. Nach Angaben des Blattes soll die Ukraine demnächst auch sogenannte Passiv-Radare aus Berlin erhalten. Über diese verfüge die Bundeswehr allerdings noch nicht einmal selbst, hieß es.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62728c1948fbef73a8385524.jpg>
g

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 4. Mai 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

Kommunikationstechniker haben Arbeiten zur Wiederherstellung von Kommunikationskanälen in Mariupol durchgeführt.

Energietechniker haben Reparaturen an den Hochspannungsleitungen Asowskaja - Starokrymskaja Nr. 1 und Asowskaja - Starokrymskaja Nr. 2 vorgenommen. In Olginka wurden 500 Meter Leitung wiederhergestellt, Kalinowka 300.

Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Fast 600 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.

Zivilschutzkräfte haben 8 Hektar Territorium und 313 Objekte kontrolliert und 882 explosive Objekte entdeckt. Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 12.729 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Straßendienste führen Reparaturen an der Straße Belaja Kamenka – Granitnoje aus und beseitigen Zerstörungen, um sicheren Verkehr zu gewährleisten. In Pawlopol wird die Straße zum provisorischen Übergang geschottert. Die Reparaturen der Straßen am Abschnitt Schirokino-Besymennoje sowie in Mangusch gehen weiter.

In Mariupol, Wolnowacha, Wolodarskoje und Mangusch hat das Kohle- und Energieministerium der DVR Treibstoffverkauf an Tankstellen organisiert.

Flüssiggas wurde nach Stepnoje – 24 Flaschen – und Startschenkowo - 40 Flaschen – geliefert.

Nach Mariupol wurden 62 Tonnen Wasser und 2 Tonnen Brot geliefert und die Verteilung organisiert.

Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik

müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirkabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeitposten) wenden.

Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).

Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:20 de.rt.com: **Ungarn lehnt EU-Vorschlag für Öl-Embargo "in dieser Form" ab**

Budapest lehnt den jüngsten Entwurf der EU-Kommission für ein Öl-Embargo gegen Russland in seiner gegenwärtigen Form ab. Das vorgeschlagene Sanktionspaket würde die Energieversorgung Ungarns völlig unmöglich machen, erklärte der ungarische Außenminister Péter Szijjártó in einem Video auf seiner Facebook-Seite. Sein Land verlange deshalb, dass russische Erdöl-Importe, die über Pipelines erfolgen, von den Sanktionen grundsätzlich ausgenommen werden.

In der gegenwärtigen Form könne Ungarn dem EU-Sanktionsvorschlag nicht zustimmen, führte Szijjártó weiter aus. Die für das Funktionieren seiner Wirtschaft nötige Energie könne das Land in ausreichendem Maße nur aus Russland importieren. Der Außenminister fügte hinzu:

"Das ist keine Frage mangelnden politischen Willens, keine Frage von Absichten oder Fristen, sondern ganz einfach eine physische, geografische und infrastrukturelle Realität."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62729cc948fbef7458586dc3.jpg>

abends:

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 4.5.22**
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-

Rohrartillerie und 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **4 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starben 3 Zivilisten, 23, darunter ein Kind, wurden verletzt**. 20 Wohnhäuser, 6 zivile Infrastrukturobjekte und 3 Fahrzeuge wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 39 ukrainische Nationalisten, 2 Feuerpositionen von 120mm- und 82mm-Mörsern, einen Panzer und einen Lastwagen vernichtet. 2 122mm-Artilleriegeschütze wurden erbeutet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden zwei Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht starben und 14 verletzt wurden. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.

Am 6. März bewegte sich bei der Befreiung von Mariupol und ukrainischen Nationalisten eine Gruppe mit drei Mann unter Kommando von Hauptmann Jewgenij Wladimirowitsch Belezkij mit dem Ziel der Aufklärung aus Richtung Winogradnoje an den Rand von Mariupol und entdeckte einen befestigten Feuerpunkt des Gegners, sie traten in den Kampf mit den Nationalisten ein und liquidierten erfolgreich einen Feuerpunkt und nahmen einen Kämpfer gefangen.

Später, am 7. März, befand sich die Gruppe unter Kommando von Hauptmann Jewgenij Wladimirowitsch Belezkij auf einem Kampfposten in der Nähe von Mariupol, die Nationalisten unternahmen einen Versuch, die Positionen zu stürmen. Die Gruppe von Hauptmann Je. W. Belezkij trat in den Kampf ein, wehrte den Angriff des Gegners erfolgreich ab und ging zum Angriff über. Im Kampf wurden fünf Nationalisten und ein Kommandobeobachtungspunkt vernichtet, es wurden Aufklärungsdaten mit Plänen der ukrainischen Streitkräfte, der Lage von Positionen und Kommandobeobachtungspunkten erlangt und zwei Kämpfer gefangen.

Am 8. März konnte eine Gruppe mit neun Mann unter Kommando von Hauptmann Je. W. Belezkij bei der Befreiung des Stadtteils Mirnyj von Mariupol trotz des erbitterten Widerstands des Gegners die Verteidigung der bewaffneten Formationen der Ukraine durchbrechen, in die Tiefe der Verteidigungslinien vordringen und sich auf einer günstigen Position festsetzen. Bei dem Kampf wurden mehr als 30 Nationalisten vernichtet, Waffen, darunter ausländische, wurden erbeutet.

18:53 de.rt.com: **Rubel erreicht Zweijahreshoch gegenüber US-Dollar und Euro**

Trotz Sanktionen erholt sich die russische Währung wieder. Am Devisenmarkt wurden im Verlauf der Woche zeitweise rund 66 Rubel für einen US-Dollar gezahlt. Damit ist der Wechselkurs für den Rubel derzeit noch deutlich besser als vor dem Beginn des Ukraine-Krieges Ende Februar.

Die russische Währung war Ende Februar nach Beginn des Krieges und der Verkündung erster westlicher Sanktionen gegen Russland drastisch eingebrochen. Nun legt der Rubel wieder ordentlich zu. Er stieg am Dienstag auf den Höchststand gegenüber dem US-Dollar seit über zwei Jahren. Der Wechselkurs erreichte während des Devisenhandels 66,43 Rubel pro US-Dollar, wie Bloomberg-Daten zeigten. Die Moskauer Börse war am Dienstag wegen

der Mai-Feiertage geschlossen.

Als der Handel in Moskau am Mittwoch wieder startete, lag die russische Währung bei knapp 69 Rubel pro US-Dollar, dem höchsten Stand seit Mai 2020. Am Abend lag der Kurs bereits bei 68 Rubel pro US-Dollar. Auch der Euro sank gegenüber dem Rubel weiter. Während die russische Währung am Morgen bei 72 Rubel pro Euro lag, dem höchsten Stand seit Februar 2020, betrug der Kurs am Abend sogar nur noch 71 Rubel pro Euro.

Vergangene Woche hatte die russische Zentralbank ihre Geldpolitik stärker als erwartet gelockert. Der Leitzins werde um 3 Prozentpunkte auf 14 Prozent gesenkt. Die Notenbank stellte weitere Zinssenkungen in diesem Jahr in Aussicht.

Inzwischen wurde bekannt, dass vom Westen nun auch die in Russland marktführende Sberbank aus dem internationalen Finanztransaktions-System SWIFT ausgeschlossen werden soll. "Wir koppeln die Sberbank – die mit Abstand größte russische Bank – und zwei weitere große Banken von SWIFT ab", verkündete die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen am Mittwoch. Außerdem sollen nach Plänen der EU-Kommission die russischen Öllieferungen in die Europäische Union bereits Anfang des nächsten Jahres weitestgehend eingestellt sein.

Angesichts der steigenden Inflation und der Unsicherheit im Energiebereich, die durch die antirussischen Sanktionen hervorgerufen werden, erreichte der Euro auch gegenüber dem US-Dollar derzeit einen Fünfjahrestief.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6272943e48fbef098a39fe8a.jpg>

18:55 de.rt.com: **Russland laut IfW trotz EU-Öl embargo auf längeren Krieg vorbereitet**

Mit dem Embargo gegen russisches Erdöl will die EU der Wirtschaft Russlands schweren Schaden zufügen. Doch nun stellten Experten des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW) fest, dass Russland auch im Falle der Verhängung eines Öl-Embargos finanziell länger auf einen Krieg vorbereitet ist. IfW-Handelsexperte Rolf Langhammer sagte am Mittwoch: "Die Hoffnungen auf ein zeitnahes Einlenken Russlands im Ukrainekrieg angesichts der einschneidenden westlichen Sanktionen dürften enttäuscht werden.

Sowohl die Situation des Staatshaushalts als auch strukturelle Besonderheiten der russischen Wirtschaft schaffen gute Ausgangsbedingungen für ein längeres Durchhalten einer auf Autarkie setzenden Kriegswirtschaft."

Russland habe in den vergangenen Jahren sichtbare Erfolge beim Aufbau einer stabilen Finanzlage erreicht. Dazu gehörten eine im internationalen Vergleich sehr niedrige öffentliche Verschuldung von etwa 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, hohe Ersparnisse, eine zurückhaltende Ausgabenpolitik und eine starke Reservebildung. Hinzu kämen derzeit

steigende Erlöse aus Energieexporten in Länder, die sich den Sanktionen verschließen oder wie Deutschland ihre Käufe teilweise noch aufrechterhalten.

Außerdem liege der jetzige Ölpreis weit über dem vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geschätzten Preis von 10 bis 15 US-Dollar, der für einen ausgeglichenen russischen Staatshaushalt notwendig ist. Laut Langhammer dürfte ein Öl-Embargo der EU dies zunächst nicht entscheidend ändern. "Der Westen wird langes Durchhaltevermögen zeigen müssen", so der Experte.

20:08 (19:08) novorosinform.org: **Der Bürgermeister des ukrainischen Konotop hat die russische Kirche in der Stadt verboten**

Die Tätigkeit der Ukrainisch-orthodoxen Kirche stelle angeblich eine Gefahr für die nationale Sicherheit des Landes dar, heißt es im Text der Verordnung.

Der Vorsitzende des Stadtrats von Konotop der Region Sumy in der Ukraine, Artjom Semenichin, hat eine Anordnung veröffentlicht, nach der die Tätigkeit der ukrainisch-orthodoxen Kirche in der Stadt verboten ist, berichtet RIA Novosti.

Dem Dokument zufolge soll die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche "eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Ukraine darstellen".

Daran erinnern, dass im März der Werchowna Rada der Ukraine ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde, um die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche auf dem Territorium des Landes zu verbieten.

Die Autoren des Dokuments schlagen unter anderem vor, Immobilien und anderes Eigentum der Russischen Kirche in der Ukraine zu beschlagnahmen.

Die Russisch-Orthodoxe Kirche glaubt, dass diese Initiative den ukrainischen Konflikt verschärft und zur zivilen Konfrontation auf dem Territorium der Ukraine beiträgt.



https://novorosinform.org/content/images/39/54/43954_720x405.jpg